

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Horst-Werner Franke, Bre-
mens Wissenschaftssenator,
setzt sich mit den
aktuellen Aspekten des
Kampfes der Arbeiterbe-
wegung gegen die NS-Dikta-
tur auseinander: Gefahr von
rechts. Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier
MdL erinnert an Louise
Schroeder: Ihr Beispiel
kann uns Mut machen.
Seite 4

Robert Antretter MdB über
den Fortschritt des Aus-
baus der Bundesbahn-Neu-
baustrecke Hannover-
Würzburg: Wer zu weniger
Autobahnen "A" sagt, muß
zu neuen Bundesbahn-
strecken "B" sagen.
Seite 5

Hartmut Soell MdB zur
europäischen Sicherheit
und nuklearen Frage: Aus
der Sackgasse herauskom-
men. Seite 7

37. Jahrgang / 104

3. Juni 1982

Gefahr von rechts

Bremen erinnert an den Kampf der Arbeiterbewegung gegen
die NS-Diktatur

Von Horst-Werner Franke
Senator für Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt
Bremen

Eine eindeutig rechtsradikale Liste "Ausländerstop" erhält bei einer Kommunalwahl auf Anhieb vier Prozent der Stimmen, die Mehrheit der Bundesbürger verlangt Maßnahmen, die die Rückkehr der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer bewirken: Die plötzlich wie eine Woge hochschwappende Suche nach einem Sündenbock für die ökonomische Krise zeigt, daß die Diskriminierung von Minderheiten, eines der zentralen Handlungsmuster, deren sich der Faschismus in Deutschland bedient hat, auch bei uns immer noch einen guten Nährboden findet. Brechts Einsicht, "der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch", behält leider auch 36 Jahre nach dem Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland traurige Aktualität, wobei Ausländerfeindlichkeit nur ein einzelnes Symptom ist.

Bedenklich ist vor allem, daß offenbar über die Diskrimi-
nierung von Minderheiten eine Art "geheimen Einverständnis"
herrscht, das, wie ein Schmelzbrand glimmend, stets bereit
ist, unter bestimmten Bedingungen zu einem Feuer angefacht
zu werden. In den Köpfen der Menschen scheint etwas zu sein,
was sich dann wider alle ökonomische und politische Ver-
nunft zu der Vorstellung verdichten läßt, Ursache der Ab-
satzkrise der Wirtschaft sei ausgerechnet eine Gruppe, die
zur Arbeitnehmerschaft dieses Landes gehört. Dieses Fehl-
urteil scheint tief verwurzelt zu sein. Die Frage ist, wel-
che Faktoren es begünstigen. Es geht ja nicht nur um Aus-
länderfeindlichkeit aus Angst um den eigenen Arbeitsplatz;
auch die Bereitschaft, Fremde moralisch zu qualifizieren,
ist bei uns latent vorhanden. Vor diesem Hintergrund ist
auch Antisemitismus als potentielle Gefahr nach wie vor
existent.

Meine These ist, daß über dem Grauen, das der Faschismus
in Deutschland und in Europa angerichtet hat, seine ökonomi-



sche Zielsetzung und seine ideologische Frontstellung gegen die Arbeiterbewegung leicht in Vergessenheit gerät. Und obwohl wir wissen, daß Aufklärung und rationale Einsichten nicht allein das Verhalten der Menschen steuern, müssen wir uns um die Aufdeckung der Unsinnigkeit dieser Sündenbock-Theorie bemühen. Nur so können wir einen Beitrag dazu leisten, die Wirksamkeit diskriminierender Formeln abzuschwächen oder ihnen gegenzusteuern.

Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Deutschland, die im kommenden Jahr sicher überall da stattfinden wird, wo man sich des 30. Januar 1933 erinnert, muß deshalb, will sie mehr sein als ein historisches Spektakel, eine Aufarbeitung dieser Ursachen der nationalsozialistischen Machtergreifung leisten.

Der Bremer Senat wird dies mit einer Ausstellung Anfang des kommenden Jahres in der Unteren Rathauhalle versuchen, die das Wirken der Arbeiterbewegung in Bremen und im Reich während der Weimarer Republik und unter der nationalsozialistischen Herrschaft darstellt. Dabei muß und soll im Sinne historischer Wahrheit die Arbeiterbewegung im ganzen Spektrum der Organisationen berücksichtigt werden, die zu ihr zu rechnen sind. Der bremischen CDU gebührt das traurige Verdienst, den Senat öffentlich zu einer Geschichtsfälschung aufgefordert zu haben: Die KPD sollte in dieser Ausstellung nicht vorkommen. Da der Bremer Senat nicht daran denkt, sich für so etwas herzugeben, wird nun die Darstellung der christlichen Arbeiterbewegung, die selbstverständlich ebenso dazugehört, ohne Hilfe der Bremer CDU erfolgen müssen.

Die Konzentration der Ausstellung auf die Arbeiterbewegung ist darin begründet, daß sie diejenige gesellschaftliche Kraft war und ist, gegen die sich der Faschismus in erster Linie richtete. Ihre Organisationen befanden sich sowohl ihrem Selbstverständnis nach wie auch in ihrem aktuellen politischen Handeln von Anfang an in einer scharfen Frontstellung gegen die Nationalsozialisten. Ihre Mitglieder und Funktionäre wurden schon vor 1933 von der SA angegriffen und nach der Machtergreifung als erste verfolgt und verhaftet, verjagt und ermordet.

Dies wirft ein Schlaglicht darauf, worum es dem Faschismus in Deutschland im Kern ging. Die Weltwirtschaftskrise nach 1929, die die Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft und die Lebenssituation breiter Massen dramatisch verschlechterte, führte zu immer deutlicheren sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. In dieser Situation boten die Nationalsozialisten einen "Ausweg" an, der die gewaltigen gesellschaftlichen Gegensätze scheinbar überbrücken konnte. Mit ihren Staatsaufträgen für Infrastruktur und Rüstung, der drastischen Beschneidung der Rechte der Arbeiterschaft und der Zerschlagung ihrer Organisationen kamen sie allerdings vor allem den Interessen der Unternehmer entgegen, deren Unterstützung sie zur Durchsetzung ihres absoluten politischen Machtanspruchs benötigten. Zugleich aber versprachen sie etwas, was politischen Kräften außerhalb der Arbeiterbewegung bis dahin nicht gelungen war, nämlich: ein Programm, das mit der Zustimmung und Unterstützung breiter Massen, vor allem des durch die Wirtschaftskrise vom sozialen Abstieg bedrohten Kleinbürgertums rechnen konnte.



Widerstand gegen den Nationalsozialismus war also nicht allein, aber doch vor allem eine Sache der tödlich bedrohten Arbeiterbewegung. Sie hat diesen Widerstand organisiert, aber die organisatorische und ideologische Spaltung und Aufsplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung, der Zwist zwischen KPD und SPD bei gleichzeitiger Vernachlässigung der politischen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen und vor allem den völkischen Gruppierungen, die Fehleinschätzung des Faschismus durch weite Teile von KPD und SPD, die eindeutig gegen den Weimarer Staat gerichtete Agitation der KPD und ihr Kampf gegen die als "Sozialfaschisten" denunzierte SPD in den frühen dreißiger Jahren haben letztlich dazu beigetragen, die Abwehrkraft der Arbeiterbewegung zu schwächen. So konnte sich das Bündnis von Nationalsozialisten, Großindustrie und Konservativen in Deutschland durchsetzen, das sich in dem Ziel der Bekämpfung der Arbeiterbewegung einig war.

Dies alles wissen wir heute und es ist eine teuer bezahlte Erkenntnis. Aber wenn die Opfer nicht umsonst gewesen sein sollen, dann müssen diese Erkenntnisse vertieft, abgesichert und vor allem den nachwachsenden Generationen weitergegeben werden. Die Auflehnung gegen eine Wiederholung einer Schreckensherrschaft in Deutschland beginnt mit der Frage, wie es zum 30. Januar 1933 kommen konnte. Vor allem der Arbeiterbewegung kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu.

Die aktuelle Situation der Bundesrepublik ist keine Wiederholung der Spätphase von Weimar. Niemand kann aber heute angesichts ungewisser Zukunftsentwicklungen dafür geradestehen, daß die Demokratie in der Bundesrepublik nicht von rechts zu bedrohen sei. Insofern kommt der Bremer Ausstellung auch eine aktuelle politische Bedeutung zu.

(-/3.6.1982/ks/ca)

+ + +



Ihr Beispiel kann uns Mut machen

Louise Schroeder, ein Vorbild für engagierte Sozialdemokraten

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Als 1919 Frauen erstmals in Deutschland wählen durften, war sie dabei. Louise Schroeder gehörte zu den 41 weiblichen Abgeordneten, die in der ersten deutschen Republik immerhin fast zehn Prozent aller Abgeordneten ausmachten, eine Zahl, die in der Bundesrepublik nie wieder erreicht wurde. Louise Schroeder, 1887 in Altona geboren, Abgeordnete der Nationalversammlung, Mitglied des Reichstages von 1920 - 1933, bekannt geworden vor allem als Bürgermeisterin und amtierenden Oberbürgermeisterin im Berlin der frühen Nachkriegszeit, die maßgeblich an der Aufhebung der Berliner Blockade beteiligt war.

In der Nationalversammlung konzentrierte sich Louise Schroeder, wie die meisten ihrer Kolleginnen in den Hungerjahren nach dem Weltkrieg, auf die oft katastrophale Lage von Frauen und Kindern. Gegen den Widerstand des damaligen Finanzministers und vieler moralisch empörter Kollegen gelang es ihr zusammen mit ihrer Zentrumskollegin Christine Teusch, eine finanzielle und gesetzliche Besserstellung von Müttern und deren nicht-eheleichen Kindern durchzusetzen. Gegen die damals noch stärker als heute vorherrschende Tendenz, den Kreis der aufgrund der Sozialgesetzgebung finanziell zu Unterstützten so klein wie möglich zu halten, setzte Louise Schroeder ihr Bemühen um Ausweitung des Mutterschutzes. Sie verlangte die Einbeziehung von Landarbeiterinnen und Hausgehilfinnen in die Regelungen des Schwangeren- und Wöchnerinnen-Schutzes. Sie wehrte sich entschieden gegen die von der Deutschnationalen Fraktion geforderte Sonderregelung für Frauen in Gärtnerei-Betrieben. Und sie forderte eine allgemeine Krankenversicherung für alle Familienmitglieder, weil häufig auch erwerbstätige Frauen die ihnen eigentlich zustehende finanzielle Unterstützung während der Wöchnerinnen-Zeit nicht erhielten. Denn diese Maßnahme war den unter chronischem Geldmangel leidenden Gemeinden übertragen worden: Die allgemeine Mutterschaftshilfe wurde 1927 eingeführt, zur Familienversicherung wurden alle Krankenkassen 1931 verpflichtet.

Die Sozialpolitik, in der sich die ersten Parlamentarierinnen unserer Republik aufgrund besonderer - auch persönlicher - Betroffenheit vor allem engagierten, ist heute wie damals der Bereich, in dem entschieden wird, ob sich der soziale Frieden in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erhalten läßt. Und auch heute noch gehören Frauen in diesem Bereich zu den besonders benachteiligten Gruppen, muß darum gekämpft werden, daß nicht bereits Erreichtes, häufig genug mit dem Argument fehlender Mittel, wieder gestrichen wird.

Louise Schroeder hat sich dafür auch nach dem Krieg weiter eingesetzt. 1945 wurde sie Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Berlin; 1946 - 1951 Bürgermeisterin und 3. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters in Berlin; 1946 - 1948 war sie 2. Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Berlin; 1947 - 1951 stellvertretende Oberbürgermeisterin in Berlin, gleichzeitig bis 1948 amtierende Oberbürgermeisterin, weil die Wahl Ernst Reuters von der sowjetischen Besatzungsmacht zunächst nicht anerkannt wurde. 1948 wurde sie einstimmig zur Präsidentin des Deutschen Städtetages gewählt; seit 1949 bis zu ihrem Tode am 4. Juni 1957 war sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Louise Schroeder war eine Parlamentarierin, die ihr Leben lang engagiert sozialdemokratische Politik betrieben hat; gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, mitunter sogar im Widerspruch zur eigenen Parteiführung, wie 1914, als sie sich für die sofortige Beendigung "dieses Völkermordes" engagierte. Ihr Beispiel kann uns Mut machen.

(-/3.6.1982/bgy/ca)

+ + +



Hannover - Würzburg macht erfreuliche Fortschritte

Wer zu weniger Autobahnen "a" sagt, muß zu neuen Bundesbahnstrecken "b" sagen

Von Robert Antretter MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Jeder weiß es: Die Eisenbahn leistet einen wichtigen Beitrag für gute Verkehrsverhältnisse. Über drei Millionen Menschen fahren täglich mit der Bahn. An jedem Werktag transportiert sie mehr als eine Million Tonnen Güter. Ohne die Bahn würde der Verkehr zusammenbrechen.

Was viele jedoch nicht wissen, ist die Tatsache, daß die Eisenbahn Probleme aus der Vergangenheit bewältigen muß, wenn sie sich auf die Zukunft erfolgreich einstellen will: Als ihre Schienenwege gebaut wurden, war sie das einzige moderne Verkehrsmittel. Inzwischen ist der Verkehr um ein Vielfaches gewachsen. Nun konkurrieren Auto, Flugzeug, Binnenschiff und Bahn miteinander. Das soll auch so bleiben; denn die Verkehrsmittel ergänzen sich, wenn sie sinnvoll in Anspruch genommen werden. Dabei muß man aber sehen:

Die anderen Verkehrsträger drängen auch in die bahnspezifischen Bereiche. Neue Kanäle eröffnen der Binnenschifffahrt weitere Regionen. Die Binnenschifffahrt zahlt kaum Wegekosten und kann deshalb billig transportieren. Der Luftverkehr ist nach dem Krieg stark aus- und aufgebaut worden. Das Auto hat in den letzten Jahrzehnten ein weitgehend neu- und ausgebautes Straßennetz bekommen. Allein das Netz der Bundesautobahnen wurde nach dem Krieg von 2.000 Kilometer auf 7.500 Kilometer Länge erweitert.

Die Bundesbahn fährt jedoch immer noch auf ihren Strecken aus dem vorigen Jahrhundert. Ihr Netz war ursprünglich vor allem für den Ost/West-Verkehr ausgebaut worden. Seit der Teilung unseres Landes wurde es jedoch überwiegend in Nord/Süd-Richtung gebraucht. Dadurch ist das Kern-Netz überlastet. Und überlastete Strecken bringen Verspätung und Umleitungen. Kurvenreiche Strecken verursachen lange Fahrzeiten. Die Bahn verliert also immer häufiger den Vergleich mit anderen Verkehrsmitteln. Nur mit modernen Strecken kann sie den Wettbewerb bestehen und wirtschaftlich arbeiten. Und nur dann ist sichergestellt, daß die Kunden nicht abwandern und das Defizit nicht weiter wächst.



Wer zu weniger Autobahnen "a" sagt, muß zu neuen und modernen Bundesbahnstrecken "b" sagen. Zum Beispiel zur Verbindung Hannover-Würzburg. Sie ist eine der wichtigsten Hauptstrecken im Netz unserer Bundesbahn. Sie stellt ein Bindeglied dar zwischen den Wirtschaftszentren in Nord- und Süddeutschland.

Da die Nord-Süd-Strecke auch die Seehäfen mit Süddeutschland verbindet, wird sie besonders intensiv in diese Richtung vom Schnellgüter- und kombinierten Güterverkehr genutzt, der ebenfalls pünktlich und zuverlässig abgewickelt werden muß.

Moderne, zweigleisige Eisenbahnstrecken können im Schnitt bei sogenannten gemischtem Betrieb, also Personen- und Güterverkehr, mit 120 Zügen pro Tag und Richtung gefahren werden, ohne daß die Beförderungen unwirtschaftlich werden. Die vorhandene Nord/Süd-Strecke ist dagegen in weiten Abschnitten ständig überlastet. Es verkehren beispielsweise auf den Teilstrecken Hannover-Göttingen 159 Züge, Fulda-Fliesen 161 Züge und Gemünden-Würzburg 164 Züge. In einzelnen Abschnitten und zu bestimmten Zeiten sind es nach Auskunft der Deutschen Bundesbahn bis zu 190 Züge pro Tag.

Auch die Umleitungen sind bereits bis zur Kapazitätsgrenze ausgelastet. Ferner ergeben sich aus der ständigen Überlastung erhebliche Störungen im Betriebsablauf.

Und was die Zukunft betrifft, so sprechen die Prognosen für 1990 beispielsweise von einem durchschnittlichen Aufkommen von 249 Zügen am Tage und Richtung.

Die Mitglieder des Verkehrsausschusses, die dieser Tage die Ausstellung der Neubausstrecke Hannover-Würzburg besucht hatten, konnten sich davon überzeugen, daß die Realisierung der Neubau- und Ausbaustrecken 1981, sowohl was das Baugeschehen als auch was die Rechtsverfahren betrifft, erfreuliche Fortschritte gemacht hat.

Seit Mai 1981 ist das Raumordnungsverfahren für die gesamte Neubausstrecke abgeschlossen. Für insgesamt 75 Kilometer des 314 Kilometer langen Abschnittes Rethen-Würzburg ist die Planfeststellung bestandskräftig. Bis Mitte 1982 ist die Einleitung aller übrigen Verfahren vorgesehen. Auf einem zwölf Kilometer langen Teilstück zwischen Hannover und Rethen fahren die Züge bereits seit 1979.

(-/3.6.1982/vo-he/ca)

+ + +



Aus der Sackgasse herauskommen

Die europäische Sicherheit und die nukleare Frage

Von Prof. Dr. Hartmut Soell MdB

Die neue Runde der Diskussion über das Thema Sicherheit, wie sie durch die Vorschläge von Egon Bahr, Jürgen Möllemann und durch Überlegungen innerhalb der CDU (Wörner/Würzbach) eingeläutet worden sind, hat zum Ziel, das Aktionsfeld für neue Initiativen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erweitern und dadurch zugleich die Grundlagen der militärischen Sicherheit in Europa zu festigen, die in den letzten Jahren durch neue Waffenentwicklungen insbesondere bei Nuklearwaffen und deren Trägersystemen fragwürdiger geworden sind und besonders auch an Glaubwürdigkeit und Konsensfähigkeit innerhalb der Bevölkerungen der betroffenen Länder enorm verloren haben.

Es gilt also, aus Sackgassen herauszukommen, in denen jede militärische Option des potentiellen Gegners mit dem Aufbau einer entsprechenden eigenen beantwortet werden und auch Einbahnstraßen zu vermeiden, die meist die fatale Tendenz haben, zu mehr Rüstung zu führen, egal ob dabei mehr die rechte, konventionelle Straßenseite oder die linke, atomare Seite benutzt wird.

Ohne die Bemühungen einiger Oppositionspolitiker geringschätzen zu wollen, durch Verbesserung der konventionellen Verteidigung zur "aktiven Friedenssicherung" (Wörner) beizutragen, bleibt nach der Lektüre der von einer Expertengruppe der Opposition zu diesem Thema erstellten Thesen doch der Verdacht, daß hier das Denken in Kategorien der Einbahnstraße fortgesetzt wird, das heißt allein daran gedacht wird, durch einseitige westliche Sicherheitsvorsorge ein Mehr an Sicherheit zu erreichen, ohne daran zu denken, daß diese wieder zu östlichen Gegenmaßnahmen führen würde und so weiter.

Natürlich ist es vom rein militärtechnischen Standpunkt aus in gewisser Weise verführerisch, aus dem mehrfachen Sicherheitsdilemma, in dem sich die westliche Verteidigung in Mitteleuropa befindet - insbesondere durch den Zwang, sehr früh einen Typ von Nuklearwaffen einsetzen zu müssen, der ein hohes Maß an Selbstabschreckung an sich hat, weil er zur gigantischen Zerstörung bei uns selbst führen würde - durch neue konventionelle Waffen (zum Beispiel unbemannte Flugkörper, Kampfdrohnen, "ungelenkte" panzerbrechende Submunition oder in ferner Zukunft sogar "endphasengelenkte" panzerbrechende Submunition) die große Panzerüberlegenheit des möglichen Gegners in Schach zu halten. Nur dies alles befindet sich noch im Stadium der Blaupausen und kann auch nicht verhindern, daß die östliche Seite, die in ihrer Fähigkeit der Panzer- und Luftabwehr schon heute überlegen ist, auch bei diesen neuen Techniken über kurz oder lang mitziehen wird. Im übrigen ist es bezeichnend, daß diese Vorschläge in der Opposition sofort auf den Widerstand von Zimmermann & Co. stießen, deren Credo, es sei "töricht", sich auf eine Strategie-debatte einzulassen, selbst mehr als töricht ist - ein weiteres Glied in der Kette der Denkverbote, die die Opposition sich selbst auferlegt hat.

Die Vorschläge von Bahr und Möllemann begnügen sich demgegenüber nicht mit Variationen der Verteidigungskonzepte innerhalb des vorgegebenen Rasters. Sie greifen sehr viel weiter. Sie beziehen zwar die eigenen Sicherheitsbedürfnisse ein, versuchen



aber zunächst durch ein Denken in Kategorien der gemeinsamen Sicherheit neue Ansätze für eine Sicherheitspartnerschaft zwischen West und Ost zu finden, die nicht nur wie bisher bloß Interkontinentalwaffen der beiden Supermächte erfaßt, sondern auch einen Zusammenhang zwischen den wichtigsten Problemen der beiderseitigen Sicherheit in Europa herstellt.

In den langfristigen Zielsetzungen gibt es zwischen den Vorstellungen von Bahr und Möllemann bemerkenswerte Übereinstimmungen. Beide sehen eine atomwaffenfreie Zone in Europa vor. Für beide ist ein "annäherndes" (Bahr) oder "ungefährtes" (Möller) Gleichgewicht eine unabdingbare Voraussetzung einer solchen Zone. Beide sind für die entsprechenden Kontroll- und Inspektionsverfahren und beide stellen auch ihre Vorschläge in einen zeitlichen, methodischen und inhaltlichen Zusammenhang mit den Verhandlungen in Genf über Mittelstreckenraketen, in Wien über konventionelle Truppenreduzierung und mit den demnächst wieder aufgenommenen Gesprächen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Waffen (SALT/START). Der Erfolg bei diesen Verhandlungen ist eine Grundvoraussetzung weitergehender Maßnahmen in Richtung auf eine europäische Sicherheitsordnung, eine "Sicherheitspartnerschaft" (Bahr), in der erkennbar ist, "daß die Sicherheit des einen jederzeit auch die Sicherheit des anderen meint" (Möller).

In den ersten Kommentaren nach der Rede Bahrs in Rastatt aus Anlaß des ihm verliehenen Gustav-Heinemann-Bürgerpreises hat es eine Tendenz gegeben, zu meinen, hier seien von ihm Vorschläge aufgenommen worden, die er zusammen mit der Mehrheit des Münchener Parteitages einen Monat zuvor noch abgelehnt habe. Diese Auffassung hält nicht einmal einer oberflächlichen Analyse stand. Insbesondere deshalb, weil in keinem der in München unterlegenen Anträge das zentrale Problem des annähernden konventionellen Gleichgewichts in Europa berücksichtigt worden war. Im übrigen entbehrten die unterlegenen Anträge in München jener Präzision in der Unterscheidung von Zeitablauf, Methodik und Inhalten der Verhandlungen an den verschiedenen Konferenzorten, die notwendig (wenn auch nicht hinreichend) für den Verhandlungserfolg sind.

Wie sehr der Zusammenhang zwischen konventionellem Gleichgewicht, atomwaffenfreien Zonen und dem Verzicht auf den Erstgebrauch nuklearer Waffen auch einem außer-europäischen Publikum deutlich gemacht werden kann, hat eine von den japanischen Sozialisten in Tokio und Hiroshima veranstaltete Konferenz Mitte Mai deutlich gemacht, an der der Verfasser teilnahm. Nach eingehenden Debatten, in denen die europäischen Sicherheitsprobleme neben den Forderungen insbesondere asiatischer Länder und der Anrainerstaaten des Pazifiks über ein umfassendes Teststopabkommen und atomwaffenfreie Zonen in diesen Regionen erörtert worden sind, stimmte die Konferenz in der abschließenden Resolution einem von den Delegierten Frankreichs und der Bundesrepublik eingebrachten Vorschlag zu, daß eine Erklärung über den Verzicht auf Erstgebrauch nuklearer Waffen erst dann wirksam sein würde, wenn entsprechende vertraglich ausgehandelte Reduzierungen der konventionellen Kräfte vorgenommen würden. Zum ersten Mal hat auch eine Delegation der KPdSU einer solchen Verknüpfung zugestimmt.

Daneben hat die Konferenz in Tokio das präzisiert, was Egon Bahr in seiner Rastatter Rede als negative Sicherheitsgarantie bezeichnet hat, die die Atomkräfte gegenüber den Staaten einer atomwaffenfreien Zone zu geben hätten. Danach verlangt eine negative Sicherheitsgarantie von den Atomkräften sowohl den Verzicht auf den Gebrauch, die Drohung mit dem Gebrauch, die Lagerung, Aufstellung und den Transport nuklearer Waffen in solchen Zonen und fordert zugleich eine erhebliche Reduzierung der Nuklearwaffen bei den Atomkräften selbst. Insbesondere die letztgenannte Forderung ist außerordentlich wichtig, weil die Bereitschaft der Atomkräfte, atomwaffenfreie Zonen zu



respektieren, enorm an Glaubwürdigkeit gewinnen würde, wenn sie zugleich Zahl und Kapazität aller Atomwaffen drastisch reduzierten, damit sie mit dem Rest der verbliebenen Waffen wesentlich nur noch Ziele auf dem Territorium anderer Atommächte bedrohen können.

In diesem Zusammenhang erscheint die Forderung in dem Müllemann-Papier, dem inzwischen der für Friedens- und Sicherheitspolitik zuständige Ausschuß der FDP zugestimmt hat, Frankreich und Großbritannien sollten auf Atomwaffen verzichten, in einem anderen Licht, selbst wenn sie in überschaubarer Zeit kaum durchsetzbar sein dürfte. Vielleicht haben solche Forderungen immerhin die Wirkung, die Diskussion dort anzustoßen, wo, wie in Frankreich national sehr enge Sicherheitsdefinitionen gerade im Zusammenhang mit Nuklearwaffen erheblich zu Lasten der Sicherheit anderer Länder in Westeuropa, vor allem der Bundesrepublik, gehen können. Genauso wie wir nicht akzeptieren können, wenn die französische Weigerung, ihre Mittelstreckenraketen bei den Genfer Verhandlungen berücksichtigen zu lassen, den dortigen Erfolg gefährden würde, wäre es für uns nicht zumutbar, wenn Chancen für eine atomwaffenfreie Zone in Europa dadurch zunichte gemacht würden, daß Frankreich unser Territorium weiterhin als sein nukleares Glacis betrachtet. Wir werden erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um in der Diskussion mit unseren französischen Freunden dieses nukleare Maginot-Denken aufzulockern, das vor allem zu unseren Lasten ginge.

Die vorhandenen Vorschläge sollten vor allem dazu anregen, die Denkarbeit fortzusetzen und zu intensivieren. Abkommen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sind in besonderer Weise abhängig von der Überprüfbarkeit der dort verabredeten Reduzierungen. In der Bundesrepublik ist in der letzten Zeit die Kritik am amerikanischen Bündnispartner besonders lautstark gewesen. Angesichts der törichten Aussagen von Politikern der Reagan-Administration über die Begrenzbarkeit von Atomkriegen war dies auch berechtigt. Inzwischen ist in den USA aber vieles in Bewegung geraten. Die neue Bereitschaft der Regierung zur Rüstungskontrolle und die Aufgabe der Linkage-Position - das heißt Verhandlungen über Rüstungskontrolle vom Wohlverhalten bei anderen internationalen Problemen abhängig zu machen - bezeugt, wie stark die dortige Friedensbewegung, aber auch europäischer Einfluß, schon gewirkt haben. Dies wird sich in den nächsten Monaten verstärken.

Für den Erfolg von Verhandlungen in der nächsten Zeit ist es aber mindestens ebenso wichtig, unser Augenmerk auf das Verhalten der Sowjetunion zu lenken, die mit ihrer Aufrüstung in zahlreichen Grauzonen (nukleare Mittelstrecken- und Kurzstreckenwaffen) alles andere gemacht hat, als Bereitschaft zu dokumentieren, auf den Gedanken einer west-östlichen Sicherheitspartnerschaft einzugehen. Auch auf dem Feld der Überprüfbarkeit von Abmachungen und bei den vertrauensbildenden Maßnahmen neigt sie noch zu sehr dazu, einseitig Vorteile zu suchen. Sie ist bisher allenfalls bereit, vereinbarte Reduktionen von Streitkräften überprüfen, danach aber jede Inspektion aufhören zu lassen. Sicher muß auch die Politik, damit sie Verhandlungsspielraum behält, darauf aus sein, nicht perfektionistische Blümenträume der Diplomaten und Militärs in Sachen Kontrolle reifen zu lassen, aber ohne eine gewisse Zahl sich wiederholender Inspektionen (oder solcher bei Bedarf) vor Ort in etwaigen Reduzierungsräumen kann nicht jenes Mindestmaß an Vertrauen erreicht werden, das für den Aufbau einer Sicherheitspartnerschaft unabdingbar ist. Dies zu erkennen und auch immer wieder laut und deutlich auszusprechen, ist umso notwendiger, weil angesichts zahlreicher politisch-sozialer, geographischer und militärischer Asymmetrien zwischen West und Ost die Ungleichheit in der Beeinflussbarkeit der Politik der jeweiligen Führungsmacht der Bündnisse durch ihre Partner besonderes Gewicht hat.

Die Vorschläge der sozialliberalen Politiker nehmen gerade dieses Problem sehr ernst. Dies ist ein wesentliches Stück Gemeinsamkeit, das der Koalition auch auf anderen Feldern der Politik gut täte.

(-/3.6.1982/ks/ca)

+ + +

